

Der Bundesminister für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Bonn, den 9. Juni 1967

II B 1 - T 8300 - 129/67

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Empfehlung 486 der Beratenden Versammlung des Euro-  
rates über den internationalen Hilfsdienst**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Klee, Pöhler,  
Dr. Rutschke und Genossen  
— Drucksache V/1802 —**

Namens der Bundesregierung beantworte ich die Kleine An-  
frage im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Äußeren  
und dem Bundesminister für Verkehr wie folgt:

1. Ist die Bundesregierung bereit, sich die Schlußfolgerungen zu  
eigen zu machen, die vom zweiten Seminar für den internatio-  
nalen freiwilligen Hilfsdienst erarbeitet wurden, um die Tätig-  
keit der Entwicklungshelfer in Übersee zu erleichtern?

Die Bundesregierung begrüßt die Empfehlung 486 der Bera-  
tenden Versammlung des Europarates über den internationalen  
Freiwilligendienst. Die Empfehlung trägt der wachsenden Be-  
deutung von Freiwilligendiensten beim sozialen und wirtschaft-  
lichen Aufbau der Entwicklungsländer Rechnung. Im Hinblick  
darauf hat die Bundesregierung bisher nicht nur die im Arbeits-  
kreis Lernen und Helfen in Übersee e. V. zusammengeschlosse-  
nen Freiwilligendienste, insbesondere auch die den Kirchen  
nahestehenden Einrichtungen, nachdrücklich gefördert, sondern  
zusammen mit diesen Kräften den Deutschen Entwicklungsdienst  
gegründet und ausgebaut.

Die Empfehlung des Europarates verfolgt vor allem das Ziel,  
den rechtlichen Status der von den privaten Organisationen  
entsandten Freiwilligen auf verschiedene Weise zu verbesser-  
n. Die Bundesregierung wird die in der Empfehlung im ein-  
zelnen enthaltenen Vorschläge aufgreifen und prüfen, ob und

inwieweit sie sich verwirklichen lassen. Die Bundesregierung wird sich dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß die Freiwilligen durch ihre Mitarbeit in Übersee keinerlei Nachteile haben und die von den privaten Organisationen entsandten Freiwilligen denen des Deutschen Entwicklungsdienstes möglichst gleichgestellt werden sollten.

2. Wird die Bundesregierung dafür eintreten, daß für die Flugreisekosten der Entwicklungshelfer nach Übersee ein Sonder-  
tarif gewährt wird?

Bei ihren Bemühungen um eine Erleichterung der Arbeit der Entwicklungshelfer wird die Bundesregierung auch für eine Gewährung von Flugpreisermäßigungen für Entwicklungshelfer im Rahmen der International Air Transport Association (IATA) eintreten.

**Hans-Jürgen Wischnewski**